

25. / 1. 1916

Die Neutralität Schwedens

Der Führer der Rechten, der ehemalige Staatsminister Lindman, erklärte, die Partei der Rechten billige jetzt, wie bisher, die Neutralität. Redner fuhr fort: Die Neutralität muß aufrechterhalten und unsere Interessen müssen geschützt werden. Man darf die Kriegführenden nicht zu dem Glauben kommen lassen, daß Schweden nach Belieben behandelt werden könne. Dies kann man eine aktive Neutralität nennen, im Gegensatz zu einer passiven. Was wir wollen, ist, daß wir unter Aufrechterhaltung unserer Neutralität mit offenen Augen den Ereignissen folgen und unsere Rechte schützen. Das große Gebäude des Völkerrechtes steht kaum mehr, sein Grund erwies sich als von lockerster Art. Für das neutrale Schweden ist es eine Ehre, nicht an der Niederreißung des Völkerrechtes teilzunehmen. Wir haben ein Recht, von den Kriegführenden nach den bisher geltenden Rechtsätzen behandelt zu werden. Wir sind auch verpflichtet, das zu erfüllen, was diese selben Rechtsätze einem neutralen Staate auferlegen. So wollen wir fortfahren.

Die Mitglieder der linken Parteien in beiden Kammern tadelten die Regierung, weil sie im vorigen Jahre, ohne den Reichstag zu hören, die Kosten für die Neutralitätswache bereitstellte. Sie besprachen auch die Lebensmittelsteuerung.

Stockholm, 24. Januar.

Auf die Rede des Ministerpräsidenten reflektierend, führte der Sozialdemokrat Branting noch aus, die Regierung habe sich über die möglichen Folgen ihrer Neutralitätspolitik nicht klar genug ausgesprochen. Es sei die Frage, ob die Nation größeren Gefahren ausgesetzt werden müsse lediglich wegen der genauen Auslegung des Völkerrechtes, auf die sich die schwedische Politik jetzt stütze. Es sei notwendig, ein vernünftiges Uebereinkommen zu treffen und eine Entspannung der Lage zu erzielen, nicht aber sich durch angeblich unüberbrückbare Gegensätze zum Äußersten bringen zu lassen.

Neutralität — aber nicht um jeden Preis.

Ministerpräsident v. Hammarskjöld wiederholte seine Versicherung, daß die Regierung die Erhaltung des Friedens wärmstens wünsche, daß aber damit gerechnet werden müsse, daß dies trotz aller Anstrengungen unmöglich werden könnte.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.